



Unter den Linden, Blick auf das neu aufgebaute Schloss mit dem Humboldt-Forum. Ein neuer Premium-Standort für Kultur in Berlin. Die SGK hat Paul Spies, Chef-Kurator des Landes Berlin im Humboldt-Forum und Direktor des Stadtmuseums Berlin, sowie die Kandidatin der Berliner SPD für das Europaparlament, Gabriele Bischoff, für ein Gespräch über die Kulturpolitik in Berlin gewinnen können. Ein Termin, der sich fraglos vorzumerken lohnt: Freitag, 1. März 2019, 17:00 Uhr in der Galerie des Kurt-Schumacher-Hauses.

Foto: © Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss (SHF) / Architekt: Franco Stella mit FS HUF PG

Die Digitalisierung der Arbeitswelt schreitet voran. Auch wenn andernorts die Wunderwelt aus Nullen und Einsen noch gern als „Neuland“ bestaunt wird, ist sie in der beruflichen Realität der meisten ArbeitnehmerInnen längst angekommen. Und sie produziert keineswegs nur Gewinner. In der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik finden sich als Antwort auf diese Herausforderung jedoch mehr Nullen als Einsen. Da muss sich was ändern – sagt Michael Müller. **Seite 3**

Das Thema „Berliner Verwaltung“ und ihre Reform ist Dauergast im SGK-forum. So auch in diesem Heft. Es wäre an der Zeit, nun mal endlich anzufangen (Rona Tietje, Thomas Bohla), wengleich nicht alles schlecht läuft (Dr. Frank Nägele), die Bürgerbeteiligung will auch berücksichtigt sein (Oliver Igel), immerhin: Geld für Investitionen ist vorhanden (Dr. Matthias Kollatz) **ab Seite 6**

Nicht erst nach den letzten Wahlen verspürt manche(r) die Versuchung, in Deckung zu gehen, wenn der Zustand von Partei und Regierung zur Sprache kommt. Genau falsch, denn hier ist mehr denn je „Führung gesucht“, sagen Birgit Monteiro und Clara West. Wer fühlt sich angesprochen? **Seite 10**

Michael Müller:

Neue soziale Agenda

Seite 3

Raed Saleh:

Mehr Gerechtigkeit

Seite 5

Rona Tietje, Thomas Bohla:

Verwaltungsreform: Anfangen!

Seite 6

Dr. Frank Nägele:

Funktionierende Verwaltung

Seite 7

Oliver Igel:

Bürgerbeteiligung

Seite 8

Dr. Matthias Kollatz:

Jahrzehnt der Investitionen

Seite 9

Birgit Monteiro, Clara West:

SPD: Führung gesucht

Seite 10

Die SGK lädt ein:

Kulturpolitisches Gespräch

mit **Gabriele Bischoff**
Berliner SPD-Europakandidatin

und **Paul Spies**
Chef-Kurator Humboldt-Forum

Freitag, 1. März 2019, 17 Uhr
Galerie im KSH

SGK

Jahreshauptversammlung der SGK Berlin am Freitag, 30. November 2018, 18:00 Uhr

Ort: Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Raum 3111

Einladung und Tagesordnung auf Seite 2

EINLADUNG

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

Einladung zur
**Jahreshauptversammlung
 der SGK Berlin e.V.**

**Freitag,
 30. November 2018,
 18:00 Uhr**

Ort:
Senatsverwaltung für Inneres und Sport
 Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Raum 3111

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung und Begrüßung**
 Beschluss über die Tagesordnung
- 2. Digitalisierung und eGovernment – Chancen für die Berliner Verwaltung**
 Referat von Sabine Smentek,
 Staatssekretärin für Informations- und
 Kommunikationstechnik
- 3. Aussprache**
- 4. Wahl der Kommissionen**
 - a. Wahl der Wahlkommission
 - b. Wahl der Mandatprüfungskommission
 - c. Wahl der Zählkommission
- 5. Bericht des Vorstandes**
 - a. Bericht des Landesvorsitzenden
 - b. Bericht des Schatzmeisters
 - c. Bericht der Revisoren
- 6. Aussprache**
- 7. Entlastung des Vorstandes**
- 8. Wahlen:**
 - a. einer/eines Landesvorsitzenden
 - b. einer/eines
 1. Stellvertr. Landesvorsitzenden
 - c. von drei weiteren
 Stellvertr. Landesvorsitzenden
 - d. einer/eines Schatzmeisters
 - e. einer/eines Schriftführer(s)/in
 - f. der Beisitzer/innen
 - g. der Revisoren
- 9. Anträge**
- 10. Verschiedenes**

In eigener Sache:

Beitragsbescheinigungen 2018

Wie schon im vergangenen Jahr praktiziert, werden wir auch für das Jahr 2018 die Beitragsbescheinigungen nicht automatisch an unsere Mitglieder versenden. Von sehr vielen Mitgliedern wissen wir, dass sie keine Bescheinigung benötigen. Gleichzeitig sind auch wir zu sparsamem Umgang mit unseren Mitteln angehalten.

Selbstverständlich erhält jedes Mitglied auf Wunsch eine Bescheinigung. Eine kurze, formlose Bestellung per Mail an info@sgk-berlin.de genügt.

Wer bereits für 2017 eine Bescheinigung bestellt (und bestenfalls auch erhalten) hatte, bekommt die 2018er Bescheinigung ohne weiteres Zutun automatisch zugesandt.

Die nächste Ausgabe

Heft 100 des forum erscheint im März 2019.

Redaktionsschluss ist am 2. März 2019.

Redaktionelle Beiträge sind wie immer erwünscht. Bitte termingerecht per e-Mail an info@sgk-berlin.de schicken.

Noch kein SGK-Mitglied?

Das lässt sich ändern.

Beitrittserklärungen nimmt die Geschäftsstelle der SGK Berlin gern entgegen.

E-Mail: info@sgk-berlin.de

Tel.: 030 / 46 92 – 134

Impressum

Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für
 Kommunalpolitik in Berlin e.V. – SGK Berlin –
 Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel 030 / 46 92 – 134, Fax 030 / 46 92 – 116

Vorsitzender: Horst Porath

Mail an Redaktion und Vorstand: info@sgk-berlin.de

Redaktion:

Horst Porath (V.i.S.d.P.), Heiko Hanschke,
 Hans-Ulrich Oel, Norbert Przesang

Satz & Layout: Heiko Hanschke

Druck: KSH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Bankverbindung der SGK Berlin e.V.:

IBAN DE96 1005 0000 0190 5140 86
 bei der Berliner Sparkasse

Auf dem Weg zu einer neuen sozialen Agenda

von Michael Müller

Vor einem Jahr habe ich zum Beginn meiner Bundesratspräsidentschaft in einem Namensbeitrag zum Thema „Digital und sozial“ erstmals meinen Vorschlag für ein Solidarisches Grundeinkommen vorgestellt.

Als Antwort auf drohenden Arbeitsplatzverlust durch Digitalisierung und Automatisierung ging es mir darum, neue arbeitsmarktpolitische Instrumente zu entwickeln. Denn uns sollte klar sein: die Herausforderungen von Arbeit 4.0, die Arbeitswelt der nächsten 15 Jahre können wir nicht mit den Instrumenten der letzten 15 Jahre beantworten. Es ist jetzt unsere Aufgabe, den Menschen das Vertrauen in die soziale Gestaltungskraft der Sozialdemokratie zurückzugeben. Denn das war immer unsere Stärke: technische Umbruchphasen sozial zu gestalten.

Wir leben in einer Arbeitsgesellschaft

Denn auch, wenn sich Arbeit grundlegend verändert, so werden wir nach meiner Überzeugung weiter in einer Arbeitsgesellschaft leben, in der gesellschaftliche Teilhabe, Anerkennung und Wohlstand über den Wert von Arbeit definiert werden. Deswegen sollten wir Teilhabe durch Arbeit in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen.

Wir müssen den Menschen jetzt realistische, gesellschaftlich akzeptierte Angebote machen. Sie müssen Hoffnung haben, mit der Veränderung mithalten, ihr Leben weiter wie gewohnt leben zu können.

Ich bin sicher, dass wir dabei vor allem ein Ziel verfolgen müssen: Diesen Wandel so zu gestalten, dass alle mitkommen. Unsere Aufgabe ist es, die Zukunft „digital und sozial“ zu gestalten.

Hartz IV ist nicht gerecht

Noch weiß niemand wirklich, wie sehr Digitalisierung die Arbeitswelt verändert. Doch eines müssen wir bedenken. Wenn neue Arbeitslosigkeit durch die sich ständig verändernde Arbeitswelt entsteht, dann müssen wir vorbereitet sein. Auch, um zu verhindern, dass die Gesellschaft noch stärker mit Abstiegsängsten auf den – nicht zu verhindernden – digitalen Fortschritt reagiert. Abstiegsängste, die heute für viele Menschen mit dem Begriff Hartz IV verbunden sind. Ein System, das in über 15 Jahren keine gesellschaftliche Akzeptanz erringen konnte.

Das Solidarische Grundeinkommen setzt hier an. Es ist eine Alternative zu Hartz IV. Denn es macht den Menschen ein Angebot, bevor sie in das Hartz-System übergehen – also in der Regel nach einem Jahr Arbeitslosengeld I. Das Solidarische Grundeinkommen bietet fair bezahlte, sozialversicherungspflichtige und unbefristete Arbeit in der erweiterten sozialen Daseinsvorsorge bei einem kommunalen Unternehmen oder gemeinnützigem Verein.

Solidarisches Grundeinkommen statt Langzeitarbeitslosigkeit

Noch kann man nicht sagen, ob das Solidarische Grundeinkommen im großen Stil kommen wird. Aber diese Idee hat in den letzten zwölf Monaten eine wichtige Diskussion angestoßen. Es wird endlich darüber gesprochen, ob wir eine neue soziale Agenda brauchen und wie wir Hartz IV überwinden können. Und viele fragen sich im Rahmen dieser Diskussion in Politik und Gesellschaft, ob das Sanktionssystem in Hartz IV gerecht ist und jahrzehntelange Arbeit nicht zu einem verlängerten Anspruch auf Arbeitslosengeld führen muss.

Diese Diskussionen finde ich wichtig. Und ich habe es bereits mehrmals gesagt: ja, die Sanktionen gehören zumindest bei jungen Erwachsenen abgeschafft und das Arbeitslosengeld muss an die

Erwerbsbiografie gekoppelt werden. Ich denke dabei an einen Anspruch von bis zu drei Jahren. Beides führt zu mehr Gerechtigkeit im System sowie der Abkehr von der Verwaltung von Arbeitslosigkeit zugunsten eines Rechts auf Arbeit. Das kann eine erste Antwort auf die Bedrohung von Arbeitslosigkeit durch Digitalisierung sein und uns verlorenes Vertrauen zurückbringen.

In Berlin kommt das Solidarische Grundeinkommen

Wir werden in Berlin mit einem Pilotprojekt prüfen, ob dieses System zu mehr Gerechtigkeit und dauerhafter Arbeit führen kann. Wir wollen dafür in Berlin 1.000 Arbeitsplätze im Solidarischen Grundeinkommen schaffen. Und wir werden den Weg mit Verbänden, Sozialträgern, Gewerkschaften und der Arbeitsagentur konsensual klären und gemeinsam gehen.



Michael Müller
Regierender Bürgermeister von Berlin

© Senatskanzlei / Lena Giovanazzi

Ein zentraler Punkt beim Solidarischen Grundeinkommens ist, Arbeit an der Schwelle vom Arbeitslosengeld zu Hartz IV anzubieten. Denn nur so kann es als freiwilliges Arbeitsangebot die Angst vor dem Abstieg in Hartz IV nehmen und eine neue Chance auf dem Arbeitsmarkt bieten, bevor sich Vermittlungshemmnisse zu einer sich verstetigenden Langzeitarbeitslosigkeit aufbauen, aus der trotz guter Konjunktur viel zu viele Langzeitarbeitslose nicht mehr rauskommen.

Ich hoffe, dass das derzeit im Bundestag diskutierte Teilhabechancengesetz durch eine Öffnung für Modellprojekte wie das Solidarische Grundeinkommen die Chance nutzt, mehrere Ideen zur Überwindung der Langzeitarbeitslosigkeit parallel umzusetzen. Denn es kann nicht Ziel sozialdemokratischer Politik sein, nur Arbeit über die üblichen maximal 24 Monate hinaus zu fördern, wenn die Menschen mindestens sieben Jahre arbeitslos sind wie es das Teilhabechancengesetz für den sozialen Arbeitsmarkt vorsieht.

Aus den Erfahrungen verschiedener Projekte können wir später mit den richtigen sozialstaatlichen neuen Instrumenten auf die Herausforderung der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt reagieren. Es geht also um keine Alternative zum Teilhabechancengesetz unseres Arbeitsministers, es geht um eine gute Erweiterung der Instrumente. Wenn man so will, um einen Wettbewerb der Ideen.

Umdenken zu einer neuen sozialen Agenda

Vor 15 Jahren wurde als Antwort auf die wirtschaftliche Krise die Agendapolitik entwickelt. Die Welt und vor allem die Arbeitswelt hat sich seit 2003 in atemberaubender Geschwindigkeit verändert. Soviel technischer und gesellschaftlicher Umbruch braucht auch einen Umbruch in unserem Sozialsystem. Um Arbeit, Rente, Zusammenleben zukunftssicher zu machen, braucht es andere Instrumente als die der Agendapolitik und unseres tradierten Sozialsystems.

Neben dem Solidarischen Grundeinkommen gehört dazu die Bürgerversicherung. Denn in der Arbeitswelt des Plattformkapitalismus verschwimmen die Grenzen zwischen angestellten und selbstständig Arbeitenden mehr und mehr. Deswegen müssen wir alle gleichermaßen absichern vor Gesundheitsrisiken.

Wir müssen uns zudem endlich der um sich greifenden Angst vor – und schon jetzt viel zu oft realen – Altersarmut entgegenstellen. Die Menschen, die unseren Wohlstand mit ihrer Arbeit garantieren, ganz egal ob als Angestellte im öffentlichen Dienst, Krankenpfleger, Bau- oder Lagerarbeiterinnen, diesen Menschen sind wir es schuldig, dass sie im Alter vor Armut gesichert sind.

Die von der SPD in den Koalitionsvertrag eingebrachte Grundrente ist hier ein erster Schritt. Aber, da Digitalisierung auch wieder zu gebrochenen Lebensläufen führen kann, sollten wir die Grundrente von der Lebensarbeitszeit entkoppeln und den Menschen im Alter mehr als nur die Grundsicherung garantieren.

Und natürlich gehört zu einer sozialen Absicherung und armutsfesten Rente auch ein dafür nötiger Mindestlohn. Wir wollen in Berlin diesen entscheidenden Schritt gehen und unseren Landesmindestlohn von voraussichtlich 11 Euro ab 2019 schrittweise auf 12,63 Euro erhöhen und dann regelmäßig anpassen an den nötigen Betrag, der Altersarmut verhindert. Auch hier wird Berlin ein Vorbild für den Bund sein, dessen Mindestlohn von 9,19 Euro 2019 und 9,35 ein Jahr später nicht verhindern kann, dass Menschen 40 Stunden die Woche arbeiten und trotzdem zum Amt müssen, damit sie am Ende als „Aufstocker“ das Nötigste zum Leben haben.

Es gibt viel zu tun für die Sozialdemokratie. Sie wird gerade heute gebraucht, den Umbruch sozial zu gestalten. Dafür habe ich vor einem Jahr die Diskussion angestoßen. Wir müssen sie weiter führen und dabei alles auf den Prüfstand stellen. Denn nur durch eine grundlegende neue sozialpolitische Antwort können wir verlorenes Vertrauen in die SPD zurückgewinnen.

Antrag der SGK Berlin zum Landesparteitag der SPD Berlin

Kommunalpolitisches Engagement durch frühzeitige Personalentwicklung stärken

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird aufgefordert, bis Mitte 2019 gemeinsam mit den Kreisen, den SPD-BVV-Fraktionen und der SGK Leitlinien und eine Strategie zur Personalgewinnung und -förderung für die kommenden Bezirkswahlen zu erarbeiten.

Dabei soll folgendes unbedingt berücksichtigt werden:

- Es soll eine Auswertung erfolgen, welche Gründe systematisch dazu führen, dass sich bestimmte Gruppen gar nicht erst bzw. nicht mehr für kommunale Ämter bewerben oder das Engagement abbrechen müssen.
- Es sollen auf dieser Basis Vorschläge erarbeitet werden, wie man die Arbeitsbedingungen für Bezirksverordnete 1) kurzfristig innerhalb der bestehenden Gesetzeslage entsprechend verändern kann und wo 2) mittelfristig eine Weiterentwicklung der Arbeitsweise der Bezirksverordnetenversammlungen auch darüber hinaus notwendig ist, um weiteren Gruppen zu ermöglichen, ein Mandat in der BVV auszuüben.
- Es muss dafür Sorge getragen werden, dass es flächendeckend und systematisch Orientierungs- und Informationsangebote für BewerberInnen (z.B. Mentoring-Programme), sowie für die dann aufgestellten KandidatInnen Fortbildungsangebote gibt.
- Es sind übergreifende Kriterien für die Besetzung von BVV- und Bürgerdeputierten-Listen sowie insbesondere der Spitzenkandidaturen (BürgermeisterInnen, Bezirksamtsmitglieder) zu erarbeiten. Darüber hinaus sollen ergänzend alle Kreisverbände dabei unterstützt werden, lokale Kriterien für das aufzustellende Personal zu erarbeiten.
- Es soll darauf aufbauend eine bezirksübergreifende strategische Personalentwicklung geben, die die inhaltlichen und lokalen Stärken fördert und zudem die Bevölkerung besser als bislang repräsentiert (Ausbildung, Alter, Herkunft, Geschlecht, Familie etc.).
- Es ist zu prüfen, ob und wie Kreise auch parteilosen KandidatInnen eine Kandidatur auf der BVV-Liste und als Bürgerdeputierte ermöglichen können.

– Es ist überdies zu prüfen, ob und wie im Falle mehrerer BewerberInnen für die BezirksbürgermeisterInnen- bzw. Bezirksamtsmitgliederkandidaturen Mitgliederbefragungen durchgeführt werden können, bei denen sich die Kreise und die BewerberInnen verpflichten, das Ergebnis bei der KDV mitzutragen.

– Es sollen schließlich konkrete Handlungsempfehlungen zur weiteren personellen, strukturellen und finanziellen Stärkung der Fraktionsbüros erarbeitet werden.

Begründung:

2021 finden in Berlin die nächsten regulären Wahlen statt. Ende 2020, also in rund zwei Jahren, beginnen die Aufstellungsverfahren. Ziel muss es sein, bis dahin personell für die Besetzung von Bezirksämtern und Bezirksverordnetenversammlungen besser aufgestellt zu sein – spätestens bis zum Frühjahr 2020. Nur dann sind strategische Überlegungen, welche Köpfe wir wo brauchen, überhaupt möglich.

Die Bedeutung von Kommunalpolitik ist in den vergangenen Jahren noch gestiegen: Von Milieuschutz bis Schulsanierung. Dabei bieten sich hier oft große Gestaltungsspielräume, die es zu nutzen gilt. Das geht nicht ohne eine gute Mischung an politischen Köpfen und Ideen in den Fraktionen und in den Bezirksämtern, die gestalten wollen und können und die vor Ort gut verankert sind. Sie verkörpern durch ihre Entscheidungen und ihr Engagement die Werte und Ziele unserer Partei.

In den letzten Jahren ist die Arbeit vor Ort aber nicht leichter geworden: Viele Fraktionen sind deutlich kleiner geworden, gleichzeitig ist das Bedürfnis der BerlinerInnen gestiegen, sich an kommunalpolitischen Fragen zu beteiligen und in den Austausch mit den Bezirksverordneten zu treten. Wir erleben aber auch, dass uns die gesellschaftliche Vielfalt innerhalb unserer Fraktionen oft dadurch verloren geht, weil sich bestimmte Gruppen gar nicht erst für ein kommunales Amt bewerben oder es niederlegen müssen, weil es beispielsweise mit der Gründung einer Familie, der Pflege von Angehörigen oder den Arbeitszeiten nicht vereinbar ist. Als SPD sind wir ganz besonders gefordert, gängige Verfahren und Engagementbedingungen zu verändern, um möglichst breit aufgestellt zu sein.

Strategische Entscheidung für mehr Gerechtigkeit

von Raed Saleh

Berlin wird als lebens- und liebenswerte Metropole wahrgenommen, die jährlich mehrere Millionen Besucherinnen und Besucher anzieht. Oftmals wird dabei allerdings vergessen, dass Berlin nicht nur Stadt der Start-Ups, der hippen Cafés in Mitte, der Touristen und Touristinnen sowie des wirtschaftlichen Aufschwungs ist: Berlin bleibt auf der anderen Seite gleichzeitig auch Stadt der Mieterinnen und Mieter, Stadt der Geringverdienerinnen und Geringverdiener und leider auch Stadt der Transfergeldempfängerinnen und Transfergeldempfänger.

Berlinerinnen und Berliner am Aufschwung teilhaben lassen

Obwohl wir in Berlin seit Jahren hohe Haushaltsüberschüsse erwirtschaften (zuletzt von über zwei Milliarden Euro im Jahr) sinkt das real verfügbare Einkommen der Berlinerinnen und Berliner. Insbesondere im Bereich der Mieten- und Wohnungspolitik werden die drängenden Probleme unserer Stadt sichtbar: hier treten Gentrifizierung, Wohnungsknappheit und Verdrängung immer mehr in den Fokus. Diese Entwicklung verdeutlicht die dramatische Situation des verfügbaren Familieneinkommens in unserer Stadt. Diese Umverteilung von „unten nach oben“ ist ungerecht und zeigt: wenn wir von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt ernstgenommen werden wollen, bedarf es einer weitreichenden Kurskorrektur.

Deshalb ist es nun notwendig, Entlastungen bereitzustellen. Grade mittlere und untere Einkommen müssen wieder von den erwirtschafteten Überschüssen profitieren: wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen dafür Sorge tragen, dass der Aufschwung bei allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ankommt. Dafür brauchen wir einen Strategiewechsel. Dieser wurde von verschiedenen Berliner SPD-Kreisverbänden in einem Antrag gefordert. Auf seiner Klausur hat der Landesvorstand ein Maßnahmenpaket beschlossen, das weitreichende Entlastungen für viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt vorsieht.

Die von uns geforderten Maßnahmen sind vielfältig. Zum einen werden wir durch höhere Vergütungen und eine Steigerung der Attraktivität die Funktionsfähigkeit und Effizienz der Berliner Verwaltung gewährleisten. Zum anderen werden wir Instrumentarien schaffen, Berliner Familien zu entlasten. Dabei wird die Stadt durch den in der Konsequenz verstärkten Binnenkonsum und die höheren Steuereinnahmen profitieren.

Antrag der SGK Berlin zum LPT der SPD Berlin

Mietkosten verringern

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Ziffer 2 in § 2 der Betriebskostenverordnung – BetrKV wird gestrichen. Die Grundsteuer stellt keine Kostenposition im betriebswirtschaftlichen Sinne dar und ist allein auf das Eigentum am jeweiligen Grundstück abgestellt.

Begründung:

Die Bemessung der Grundsteuer ist nach höchstrichterlichem Urteil verfassungswidrig und muss reformiert werden. Bei der derzeitigen Debatte um die Grundsteuer sollte nicht übersehen werden, dass sie einer der größten Posten der umlagefähigen Nebenkosten bei der Bruttomiete ist. Die Grundsteuer ist eine Eigentumssteuer und hat bei den Betriebskosten nichts zu suchen.

Berliner Verwaltung attraktiver gestalten

Ziel muss es auch in diesem Sinne sein, das Einkommen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten anzuheben und mittelfristig an das Bundesniveau anzupassen. Als gesamte Stadt sind wir Berliner Bürgerinnen und Bürger den Beschäftigten des Landesdienstes zu großem Dank verpflichtet. Sie haben im Rahmen des Solidarpakts mit ihrem Verzicht maßgeblich dazu beigetragen, die Stadt in einer haushaltspolitische beinahe ausweglosen Lage in finanzpolitisch solide Bahnen zu lenken.



Raed Saleh

Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Abgeordnetenhaus

Als Hauptstadt sehen sich die Berliner Behörden darüber hinaus durch die Konkurrenz mit dem Bund als Arbeitgeber noch verstärkt und auf ganz spezielle Art und Weise mit dem akuten Personalmangel konfrontiert. Auch um an dieser Stelle im Verhältnis zum Bund konkurrenzfähig bleiben zu können, müssen die Stellen in der Berliner Verwaltung attraktiver gestaltet und vergütet werden.

Besonders die unteren Besoldungs- und Tarifgruppen müssen hier in den Blick genommen werden. Sie bilden das Fundament der Berliner Verwaltungsarbeit.

Selbstverständlich sind im Bereich der landeseigenen Unternehmen, Beteiligungen und Konzerntöchtern Kurskorrekturen unerlässlich: der Zustand von Beschäftigungsverhältnissen in Unternehmen mit Landesbeteiligungen ohne Tarifbindungen ist inakzeptabel und wird von uns noch in dieser Legislaturperiode beendet. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen müssen wir hier Tarifbindungen auf dem jeweils gleichen Bundesniveau erreichen.

Berliner Familien entlasten

Zum anderen wollen wir mit höheren Einkommen und finanziellen Entlastungen für echte Gerechtigkeit sorgen. Damit sich allerdings auch diejenigen Angestellten außerhalb des öffentlichen Dienstes noch ihre Mieten und ein Leben in unserer Stadt leisten können, umfasst unser Maßnahmenpaket die Anhebung des Mindestlohns. Hier fordern wir bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2021 eine schrittweise Anhebung auf 12,63 Euro. Darüber hinaus werden Berliner Familien durch die Abschaffung der Hortgebühren in allen Klassenstufen und des Elternbeitrags für KiTa- und Schülern entlastet.

Mit diesen Kurskorrekturen wird es uns in Berlin nicht nur gelingen, den Angestellten des Landes den dringend erforderlichen Respekt, Anerkennung und Dank auszudrücken. Es wird auf diesem Wege darüber hinaus ein großer Schritt zu mehr Gerechtigkeit in der gesamten Stadt getan.

Nur so wird es uns gelingen, unseren Gestaltungsanspruch als die Hauptstadt-Partei aufrecht zu erhalten und als Sozialdemokratie in Berlin erfolgreich zu sein.

Berliner Verwaltungsreform – Endlich anfangen zu entscheiden!

von Rona Tietje und Thomas Bohla

„Wir könnten ja, wenn die Landesebene es auskömmlich finanzieren würde“. „Wir haben für mehr Personal gesorgt, aber die Bezirke besetzen die Stellen nicht“. „Wir wären schon längst weiter, wenn der Senat nicht so ein aufwendiges Verfahren festgelegt hätte“. „Wir haben mehr Geld für die Spielplatzsanierung gegeben, aber der Bezirk hat das Geld für Schlaglöcher verwendet.“. So oder so ähnlich hört es sich des Öfteren an, wenn Landes- und Bezirkspolitiker übereinander sprechen. Wenn man sich die Missstände der Berliner Verwaltung in der Stadt und in den Bezirken anschaut, dann weiß man auch warum. Eine erneute Aufzählung einzelner Tatbestände ersparen wir uns an dieser Stelle.



Rona Tietje

Bezirksstadträtin für Jugend, Wirtschaft und Soziales in Pankow

© Simone M. Neumann

Deswegen kommt auch alle paar Jahre wieder die Diskussion über das Verhältnis zwischen Land und Bezirken auf, genauer gesagt, zwischen der Stadt Berlin und ihren zwölf Bezirken. Zumeist dann, wenn es wieder einmal schief läuft. Leider geht die Diskussion bisher zu selten über gegenseitige Schuldzuweisungen hinaus. So berechtigt die vorgetragenen Argumente im Einzelfall sind, den Bürgerinnen und Bürgern entlocken sie nicht mehr als ein verständnisloses Kopfschütteln. Wenn sich dann noch politisch Verantwortliche öffentlich über einzelne Zuständigkeiten des Senats und der Bezirke stritten, verstärkte das leider nur den Eindruck von Planlosigkeit und Chaos. So geht es seit vielen Jahren. Es wurde viel gesagt und auch viel aufgeschrieben. Im Ergebnis änderte sich nichts Wesentliches. Vielversprechenden Ankündigungen folgte keine oder nur eine unzureichende Umsetzung, ohne erkennbare Systematik.



Thomas Bohla

stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Pankow

© Simone M. Neumann

Als die Steuerungsgruppe zur Verbesserung der gesamtstädtischen Verwaltung, die sogenannte „Alt-Kommission“, im September 2017 eingesetzt wurde, sah es zunächst so aus, als würde die Diskussion wieder ähnlich laufen. Landes- und Bezirkspolitiker lieferten sich Wortgefechte über mögliche Durchgriffsrechte und die Presse berichtete ausgiebig darüber, wie kompliziert und dysfunktional die Berliner Verwaltungsstrukturen seien.

Seit nun im Juni die vom Senat eingesetzte Gruppe ihr Abschlusspapier „Berlin braucht eine leistungsstarke Verwaltung“ vorgelegt hat, ist es um die Debatte ruhiger geworden. Warum lohnt es sich jetzt diese Handlungsempfehlungen zu bearbeiten? Zum einen, weil

das Papier etwas taugt und zum anderen, weil es zeitlich passt, da auch für eine Umsetzung ausreichend Zeit bleibt. Vor allem aber, weil sich in der Berliner Verwaltung grundlegend etwas ändern muss und dafür ein breit getragener Wille vorhanden ist. Der Abschlussbericht betrachtet auch nicht nur die Bezirksverwaltungen, sondern ebenso die Hauptverwaltung und folgt damit einem klugen gesamtstädtischen Ansatz.

Die Steuerungsgruppe konzentrierte sich dabei auf vier Themenkomplexe: Personal, Verwaltungssteuerung, Genehmigungsverfahren und ein Umsetzungsmanagement. Der Abschlussbericht enthält viele Vorschläge, die vor allem an die Verwaltung gerichtet sind, z.B. zur Modernisierung der Personalgewinnung und der Personalentwicklung oder zu den Baugenehmigungsverfahren. Aber es gibt auch viele grundsätzliche Empfehlungen, die eine intensive politische Diskussion lohnen, hier die wichtigsten:

- Zielvereinbarungen als zentrales Steuerungsinstrument in der Berliner Verwaltung
- Ausweitung der Kosten-Leistungs-Rechnung auf alle Leistungen, die für Mittelzuweisung herangezogen werden
- Fachaufsicht des Senats gegenüber den Bezirken
- Festlegung von klaren Zuständigkeiten für Senat und für die Bezirke
- einheitliche Geschäftsbereiche in den 12 Bezirksverwaltungen
- Stärkung der Bezirksämter durch Wiedereinführung eines sechsten Bezirksstadtrats
- Anforderungsprofil und bessere Qualifizierung für Bezirksstadträte
- Richtlinienkompetenz der Bezirksbürgermeister nach Richtlinienbeschluss durch die Bezirksverordnetenversammlung
- erleichterte Abwahl von Bezirksstadträten

Zwei alte Fragen beantwortet das Abschlusspapier nicht: Die nach dem oft geforderten politischen Bezirksamt und die nach der Neuordnung der Bezirksfinanzen. Beide Fragen können und sollten parallel weiter diskutiert werden. Schon heute wird die eigentliche Finanzierung der Aufgaben der Bezirke mittels Globalsummenzuweisung immer mehr flankiert durch diverse Sonderprogramme z.B. für Schulsanierung, für Schulneubau, für Kita- und Spielplatzsanierung oder zur Beseitigung von Schlaglöchern. Sie ermöglichen der Landespolitik eigene Schwerpunkte zu setzen und die Kontrolle über die Verwendung von Mitteln zu beanspruchen. Seit die finanziellen Spielräume der Stadt Berlin wieder größer geworden sind, hat die Ausschüttung solcher „Geschenke“ an die Bezirke durch den Senat und das Abgeordnetenhaus zugenommen. Wenn die Umsetzung dann nicht innerhalb kürzester Zeit klappt – weil z.B. die Voraussetzungen nicht geklärt wurden – ist der Frust oft groß. Dies führt dann wieder zu öffentlich zelebrierten Schuldzuweisungen. Auch diese Aspekte gehören zur Debatte über eine gut funktionierende Stadtverwaltung.

Wir sollten bei der Diskussion versuchen, die Ebenen auseinanderhalten. Um es etwas überspitzt zu sagen: Es sollte nicht dazu kommen, dass die Politik die Debatte zur Verwaltung und die Verwaltung die Debatte zur Politik führt. Den ganz großen Wurf wird es nicht geben. Wir müssen die einzelnen Empfehlungen betrachten, abwägen und dazu miteinander Entscheidungen treffen. Und wir müssen diese dann auch umsetzen. Das ist unsere Pflicht in der Kommunalpolitik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, als auch gegenüber den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Berliner Verwaltung. Es ist an der Zeit.

Die funktionierende Verwaltung ist eine zentrale Säule der Demokratie

von Dr. Frank Nägele

In demokratischen Gemeinschaften werden die Akzeptanz und Durchsetzungsfähigkeit von staatlichem Handeln besonders beäugt – und sind von besonderem Wert. Der Staat ist in funktionierenden Demokratien Garant der verfassungsrechtlich verbürgten Freiheiten. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf den Staat, seine Akteure und Handlungsgrundsätze verlassen können. Eine leistungsfähige, gesetzmäßige und gerechte Verwaltung bildet dabei einen zentralen Baustein staatlicher Legitimität. Nur ein Staat, der Rechtsstaatlichkeit verkörpert und auf dessen Unabhängigkeit und Gleichbehandlung man vertrauen kann, rechtfertigt Akzeptanz. Nur ein Staat, der die demokratisch gebildeten Zielsetzungen einer Gesellschaft effektiv und nachhaltig umsetzen kann, rechtfertigt Vertrauen. Eine funktionierende Verwaltung ist somit ein wichtiger Pfeiler einer funktionierenden Demokratie.

Im besonderen Maße gilt dies für eine Stadt wie Berlin, in deren Stadtgesellschaft sich die ganze Vielfalt an Interessen, Lebensentwürfen und Veränderungen moderner Gesellschaften zeigt. Und die als Stadtstaat und Bundesland, aufgrund ihrer Historie und ihrer Mehrfachrolle als (Haupt)Stadt, Symbol der Freiheit und Metropole mit internationaler Strahlkraft, eine einzigartige Struktur aufweist. Staatliches Handeln steht hier vor vielschichtigen und oftmals verschränkten Anforderungen.

Die Ausgangssituation ist dabei nicht einfach – Berlin hat Jahre hinter sich, die von Sparzwängen und Schrumpfungsdiskussionen geprägt waren. Personal wurde abgebaut, Modernisierungsmaßnahmen wurden vertagt, Digitalisierung wurde aufgeschoben und notwendige Investitionen blieben aus. Wir haben in den vergangenen Jahren den Schalter hier umgelegt. Das Personal wächst wieder. Mit Siebenmeilenstiefeln eilen wir bei der Digitalisierung voran. Wir investieren wieder in die Stadt, in ihre Infrastruktur, in ihre Köpfe und Ideen. Wir modernisieren unsere Verwaltungsprozesse und unsere Verwaltungsstrukturen.

Verwaltung an neue gesellschaftliche und technologische Herausforderungen anzupassen ist eine Mammutaufgabe, vor der Länder, Städte und Gemeinden landauf landab stehen. Berlin hat dabei gute Ausgangsbedingungen, um Vorreiter bei der modernen Verwaltung der Zukunft zu werden. Wir haben engagierte, tüchtige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben gut aufgestellte Personalvertretungen. Wir haben eine ideenreiche und beteiligungsfreudige Stadtgesellschaft. Und wir haben kluge Köpfe in der Berliner Wissenschaftslandschaft, hochkompetente Unternehmen und viele erfolgsversprechende junge Startups, gerade auch in der neuen Branche der GovTec, der government technologies. Wichtig ist es, diese Akteure zu einem konstruktiven Diskurs zusammen zu führen.

Mit der Einsetzung der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der gesamtstädtischen Verwaltungssteuerung (Alt-Kommission) hat der Senat den ersten Schritt gemacht, um diesen Diskurs anzuschieben. Die Alt-Kommission hat Mitte dieses Jahres nun einen Bericht vorgelegt, der eine klare Analyse und ein ganzes Bündel an Ideen enthält. Die Vorschläge adressieren entscheidende Stellschrauben und sind damit wichtige erste Impulse, die den Boden für weiterführende Debatten bereiten. Wir sollten den Mut haben, diese Debatten intensiv zu führen und auch über die vorgelegten Vorschläge hinaus nach möglichen Verbesserungen zu suchen.

Bevor wir tiefer in die Debatte einsteigen, sollten wir uns auf eine gemeinsame Analyse verständigen. Ein klarer Befund ist Voraussetzung jeder Therapie.

Mein erster Befund: An den Beschäftigten der Stadt liegt es nicht. In allen Behörden sorgen viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotz knapper Ressourcen und oft komplizierter Verfahren für meist reibungsarme Abläufe.

Mein zweiter Befund: Es gibt in der Berliner Verwaltung nicht nur Schatten, sondern auch Licht. Es gibt in Berlin Behörden, die bundesweit vorbildlich sind. Die enormen Sprünge, die die Stadt auf vielen Gebieten gemacht hat, sind nicht trotz, sondern oftmals wegen der Leistungsfähigkeit der Verwaltung möglich geworden. Viele Probleme sind Folgen der erfolgreichen Dynamik, die Berlin in den letzten Jahren erfasst hat.



Dr. Frank Nägele

Staatssekretär (Senatskanzlei) für Verwaltungs- und Infrastruktursteuerung

© Senatskanzlei / Lena Giovanazzi

Mein dritter Befund: Die Digitalisierung der Berliner Verwaltung steckt in vielen Verwaltungsteilen noch in den Anfängen. Durch die voranschreitende Digitalisierung des Alltags und die damit einhergehende veränderte Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger wird dies zur doppelten Herausforderung.

Mein vierter Befund: Die Führungs- und die Fehlerkultur in Berlin fördern ineffiziente Verfahren. Dass wir uns 18 Verwaltungsschritte leisten, bis ein Fußgängerüberweg geschaffen wird, ist ein Beispiel dafür. Dieser Ablauf ist vor allem deshalb kompliziert und wechselt zwischen Bezirk und Senat hin und her, weil unterwegs viel Energie in die Absicherung des eigenen Handelns gesteckt wird. Aber warum ist das aus Sicht der Verwaltung nötig? Hier gilt es zu hinterfragen, ob die Fehler- und die Führungskultur zu Entscheidungen, zu direkter Kommunikation, zum Handeln ermutigen, oder ob es hier Defizite gibt.

Mein fünfter Befund: Die Berliner Verwaltung lebt von Kontinuität und Verlässlichkeit. Veränderte Prozesse und strukturelle Verbesserungen dürfen nicht mit harter Hand aufgezwungen werden. Besser ist es, mit Modellen, mit Beratung und vor allem mit Beteiligung Veränderungen vorzubereiten und zu begleiten.

Was sind nun die wesentlichen Stellschrauben, um aufbauend auf diesen Befunden die Berliner Verwaltung in die oben erwähnte Vorreiterrolle zu bringen?

Erstens und zu allererst muss es darum gehen, unser Personal aufzustocken, mit passgenauer Aus- und Fortbildung fit zu machen und zu halten, die Bezahlung auf bezirklicher und auf gesamtstädtischer Ebene angemessen auszugestalten sowie Zugang zum und Aufstieg innerhalb des öffentlichen Dienstes gezielt zu öffnen.

Zweitens bedarf es einer neuen Führungskultur, die auch einen zielorientierten Umgang mit Fehlern unterstützt. Führung ist Übernahme von Verantwortung. Das muss sich in der Auswahl und Fortbildung der Führungskräfte spiegeln. Mit passendem Beratungsangebot, mit der Förderung eines gemeinsamen Führungsverständnisses und mit

zeitgemäßen Haftungsregeln können wir die Entwicklung einer neuen Führungskultur befördern.

Drittens sollten wir uns offen mit den Verwaltungsprozessen beschäftigen und ergänzend zu den laufenden Optimierungsbemühungen gemeinsam mit Technologieexpertinnen und -experten sowie mit Bürgerinnen und Bürgern neue Wege der Erledigung suchen.

Viertens ist die Verwaltungssteuerung optimierbar. Die Berliner Verfassung bietet neben dem bislang weitgehend leerlaufenden Eingriffsrecht die Option der Fachaufsicht. Wichtig ist bei der hier notwendigen Debatte, dass jede Form der Steuerung immer in beide Richtungen wirkt. Nicht nur die Umsetzenden sind adressiert. Auch die steuernden Hauptverwaltungen werden in die Pflicht genommen.

Fünftens sollten wir uns mutig mit Strukturfragen beschäftigen und über einheitliche Geschäftsbereiche in den Bezirken, über steuernde Kompetenzen für die Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister sowie über die von der Alt-Kommission geforderten Anforderungs-

profile für Stadträtinnen und -räte debattieren. Die Wahlperiode ist für Verfassungsänderungen vermutlich bereits zu weit fortgeschritten, wichtige einfachrechtliche Akzente sind aber machbar.

Damit sich die Veränderungen nicht in Pilotprojekten und Modellen erschöpfen, bedarf es möglichst breit getragener Ideenentwicklung und eines konsequenten, engagierten Veränderungsmanagements. Wichtige Rollen können hier ein CityLab und eine verwaltungsinterne Beratungseinheit übernehmen.

Und an dieser Stelle kommt dann aus meiner Sicht die Digitalisierung ins Spiel. Erst geht es darum, Prozesse, Steuerung und Struktur zu optimieren. Und im nächsten Schritt geht es dann darum, diese zu digitalisieren – und zwar in Riesenschritten.

Gelingt es uns, die Berliner Verwaltung personell gut aufzustellen, die Verfahren und die Strukturen schlank und transparent zu gestalten und die Verwaltung samt ihrer Prozesse zu digitalisieren, dann ist mir um Berlins Zukunft als freie, demokratische und moderne Metropole nicht bang.

Wie Bürgerbeteiligung länger dauert und schneller geht

von Oliver Igel

„Es wird überall gebaut.“ – „Es wird zu wenig gebaut. Wann fängt denn Frau Lompscher mal an zu bauen?“ – „Es gibt ja gar keine bezahlbaren Wohnungen. Ihr baut ja nur Luxuswohnungen.“ – „Aber für die Flüchtlinge, da baut ihr, diese Modulbauten, so Billigbuden.“

Solche durchaus paradoxen Dialoge sind Teil von Gesprächen, die derzeit überall in der Stadt geführt werden. Man könnte es damit abtun, dass eben Bürger unterschiedliche Auffassungen haben und gut ist: für den einen wird eben zu viel gebaut, für den anderen zu wenig, aber alle sagen, dass auf jeden Fall nur teure Wohnungen gebaut werden. Gut. Feierabend, nächstes Thema morgen. So einfach ist es selbstverständlich nicht und vielleicht ist auch an allen Argumenten etwas dran.



Oliver Igel
Bezirksbürgermeister
Treptow-Köpenick

Fakt ist, dass Berlin ein Bevölkerungswachstum wie schon lange nicht mehr erlebt und dass dieser ohne Ansage kam. Das unterscheidet die Situation von der Zeit Anfang der 1990er Jahre – da gab es die Prognosen für eine enorm steigende Bevölkerungszahl, die dann nicht eintraten. Dieses Mal also Realität ohne große Vorankündigung. Und Politik muss sich mit Fakten auseinandersetzen und mit ihnen umgehen. Ohne leerstehende Wohnungen und einem jährlichen Wachstum von 40.000 – 50.000 Menschen muss dann wohl auch mehr Wohnraum geschaffen werden, ob es einem gefällt oder nicht. Und die Mieten werden nicht fallen oder sich stabilisieren, wenn keine Wohnungen gebaut werden.

Wer zu dem Teil der Bevölkerung gehört, der zu den Befürwortern von mehr Wohnungsbau zählt, wird eine Reihe von Bedenken aufzählen können: Werden genügend Parkplätze gebaut? Nehmen die Straßen die Autos noch auf – wird etwas für Radfahrer getan

oder kann man hier wenigstens gut mit Bus und Bahn fahren? Wie sieht es mit Kita und Schule aus? Was ist mit der Nahversorgung – keine Verbrauchermärkte in der Nähe? Und warum muss gerade hier gebaut werden, wo es doch nun so schön grün geworden ist?

Unter dem politischen Druck, dass für den Wohnungsmarkt in Berlin schnell etwas geschehen muss, drohen die Bürgerinnen und Bürger mit ihren berechtigten Fragen allein gelassen zu werden. Und das bei einem Thema, das als Ursprung systematischer Bürgerbeteiligung in den Kommunen gesehen werden kann: die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Bauleitplanung existiert seit Jahrzehnten in mehrstufigen Auslegungs- und Anhörungsverfahren beim klassischen Bebauungsplanverfahren und wurde und wird genutzt. Die umfangreichen Beteiligungsrechte von betroffenen Institutionen und Bürgerinnen und Bürgern wurden wiederholt kritisch gesehen, weil sie die Verfahren verlängern. Dennoch: sie reichen heute nicht mehr aus, weil sie am Ende zu kleinteilig sind und zu spät ansetzen.

Aber zunächst zum klassischen Bebauungsplanverfahren in der Variante eines konkreten Vorhabens. Es genügt heute nicht mehr, im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Planungen zu veröffentlichen und auf Kommentare zu warten. Der Bauherr muss schon so früh wie möglich das Gespräch mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern suchen und sich in eine öffentliche Veranstaltung begeben. Es wird und sollte nicht die letzte sein. Die oben beschriebenen berechtigten Fragen aus der Bevölkerung sollten besprochen und diskutiert werden, bevor sich mal wieder eine Bürgerinitiative gegen etwas bildet.

Wir müssen zudem zur Kenntnis nehmen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr allein einen Brief auf Papier schreiben wollen, in eine Sprechstunde oder eine Diskussionsrunde gehen – sie wollen ein Stück einfacher ihre Anliegen loswerden. Deshalb ist es richtig, dass Berlin ein zentrales Internetportal für Bürgerbeteiligungsverfahren eröffnet hat: mein.berlin.de. Vermutlich werden sich die Berlinerinnen und Berliner auf diesem Portal vor allem für Verfahren im eigenen Kiez interessieren, aber es lohnt sich auch danach zu schauen, was wie an Beteiligung in anderen Bezirken gelebt wird. Dabei wird sich zu einer Verständlichkeit entwickeln, dass hier die Beteiligung an Bebauungsplanungen erfolgt, aber mehr noch: Verkehrskonzepte oder die Haushaltspolitik.

Der Kiez kann ruhig stärker in den Blick genommen werden – die Quartiersentwicklung ist noch immer der Knaller in allen Beteiligungsverfahren. Und deshalb dürfen die noch mutiger ausgebaut werden. Seit Jahren wird beispielsweise eine konsequente Sozialraumorientierung bei allen Planungen in den Bezirken gefordert, überall wurden „Sozialraumorientierte Planungskoordinationen“ (SPK) installiert. Doch genau diese neuen Organisationseinheiten sind in dem einen oder anderen Bezirk nur ein Türschild ohne Leben dahinter. Genau diese Sozialraumorientierung bietet aber die Chance, systematisch Ortsteile zu entwickeln und dabei die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Die „SPK“ – moderner hieße es besser „Kiezmanagement“ – analysiert die Ist-Situation in allen Ortsteilen und nutzt dafür Daten der Sozialstruktur und vorhandener Angebote, sie informiert darüber, versucht Menschen am Ort zu aktivieren und dafür zu gewinnen, aus Zahlen und anderen Daten Schlüsse für die notwendige weitere Entwicklung des Ortsteils zu ziehen. Klingt sehr theoretisch, ist praktisch aber sehr gut, weil den Bürgerinnen und Bürgern eine offene Plattform geboten wird, ihre Ideen, Vorschläge, Belange auf den Ortsteil bezogen einzubringen und im besten Fall daraus gemeinsames Handeln von Verwaltung und Bürgerschaft zu entwickeln. In diese Prozesse können weitere – teils bestehende – Konzepte verknüpft werden: Viele Bezirke haben verschiedene

Konzepte: Demografiekonzept, Integrationskonzept, Konzepte zur sozialen und grünen Infrastruktur usw. Zum Teil reagieren diese auf Entwicklungen im Bezirk, zum Teil wird eine Situation erahnt und man will vorbereitet sein. Es gibt viele Konzepte, nicht zu viele, auf jeden Fall gibt es zu wenige Konzepte, bei deren Erarbeitung sich zu wenig Zeit genommen wird, sie in der Entstehung mit den Bürgerinnen und Bürger zu diskutieren. Und das führt ebenfalls zu Widerstand bei Bauprojekten. Würden beispielsweise bezirkliche Infrastrukturkonzepte im Hinblick auf die Wohnungsbaupotenziale gemeinsam mit der Bevölkerung besprochen, diskutiert und daraus Schlüsse gezogen, die für eine Verbesserung der Infrastruktur der Bevölkerung führen, würde es zumindest mehr Verständnis für neue Wohnungsbauvorhaben geben.

Will heißen: die öffentliche Auslegung eines Bebauungsplans im Rathaus und die Veröffentlichung im Internet darf nicht mehr der Schlusspunkt der Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern über neue Wohnungen sein, sondern muss eine Umsetzung von Ergebnissen von Bürgerbeteiligungsverfahren sein, die viel früher im Rahmen von Quartiersgesprächen über die künftige Entwicklung der Ortsteile begonnen hatten. Und so wird Bürgerbeteiligung länger dauern und schneller gehen – wenn sie früher begonnen wird und am Ende rascher ein Konsens gefunden werden kann.

Haushalt für das Jahrzehnt der Investitionen

von Dr. Matthias Kollatz

„Unsere Zeit steckt, wie kaum eine andere zuvor, voller Möglichkeiten – zum Guten und Bösen. Nichts kommt von selbst. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“ (Willy Brandt)

Aufbruchsstimmung. Das hatte lange Jahre etwas mit dem Silicon Valley zu tun, war jedoch nicht Teil der Verfasstheit der Berliner Haushälter. Im Gegenteil, noch im Jahr 2005 titelte die New York Times „Lost in the Dark“ und meinte damit Berlin. Lange Jahre war die Reißleine fest im Griff und der Staatskommissar des Bundes scharfte ungeduldig an der Berliner Landesgrenze. Die objektiven Zwänge lagen auf der Hand. Im Angesicht eines bis zu 25% ungedeckten Haushaltes, wurde mit Ausgabenkürzungen, Personalabbau, Verkäufen und strukturellen Sparauflagen reagiert. Notwendige Investitionen in die Zukunft des Landes wurden begrenzt und soweit es ging geschoben. Selbst 2010 lag die relative Schuldenquote (also das Verhältnis zwischen Bruttoinlandsprodukt und Schuldenstand) noch immer bei knapp 60%, prognostiziert wurde in jenen Jahren sogar eine Spitze von über 70%. Ein Schuldenberg von 63 Mrd. EUR wurde angehäuft. Berliner Politik wurde getrieben durch die verheerende Haushaltslage.

Seit 2012 legt Berlin positive Haushaltsabschlüsse vor, seit 2014 sogar schon in der Aufstellung. Als ich Ende 2014 das Amt des Finanzsenators antrat, war es mir wichtig, andere, der gewandelten Haushaltslage Berlins angemessene Schwerpunkte zu setzen. Dem Konsolidieren habe ich als weiteren Schwerpunkt das Investieren an die Seite gestellt.

Damit ist die SPD auch 2016 zur Wahl angetreten, die Stadt zu gestalten und Handlungsspielräume zurückzugewinnen. Heute sehen wir mehr denn je wie notwendig das Umsteuern damals war. Wir haben die Investitionen im Landeshaushalt um 50% von 1,4 Mrd. EUR auf 2,1 Mrd. Euro jährlich hochgefahren. Zudem investieren die landeseigenen Unternehmen jährlich rund 2,5 Mrd. EUR in die wachsende Stadt: in bezahlbaren Wohnraum, in einen zuverlässigen und preisgünstigen ÖPNV, in eine nachhaltige, saubere und gesunde Stadt.

Dieses Jahr werden wir das siebte Jahr in Folge einen positiven Haushaltsüberschuss erzielen – das gab es in Berlin noch nie. Ein großer Anteil der Überschüsse wird für Investitionen eingesetzt, das restliche Volumen fließt in die Tilgung. Mit dem SIWANA (Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds) verfügt das Land Berlin über ein neuartiges und wirksames Instrument, um erwirtschaftete Haushaltsüberschüsse für Investitionen zu nutzen. Und angesichts des hohen Investitionsbedarfs ist es nur realistisch, von einem ganzen Jahrzehnt der Investitionen auszugehen. Die genannten Volumina beschreiben die umgesetzten Investitionen, also nicht nur Planwerte. Wir verbessern kontinuierlich die nötigen Strukturen und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung auf Senats- und Bezirksebene, um noch besser in der Umsetzung der Investitionen zu werden. Die strukturellen haushalterischen Voraussetzungen hierfür wurden mit Augenmaß geschaffen.



Dr. Matthias Kollatz
Senator für Finanzen

Foto: Dittmer

Das gilt auch für den öffentlichen Personalbestand, der allein im vergangenen Jahr um 2% vergrößert wurde. Jährlich werden bis zu 8000 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesdienst eingestellt. Für mehr und gut bezahltes Personal wird das Land Berlin in den kommenden Jahren rund 2 Mrd. EUR zusätzlich ausgeben. Die Angleichung an den Länderdurchschnitt ist bei den Angestellten bereits erreicht und wird bei den Beamten in dieser Wahlperiode erreicht sein.

Dass uns der Zweiklang aus Investieren und Konsolidieren gelingt, zeigt der aktuelle Status quo:

- Der Schuldenstand wurde von 63 im Jahr 2011 auf 58 Mrd. EUR reduziert,
- die relative Schuldenquote Berlins wird sich dieses Jahr von ehemals über 67% nun den 40% annähern,
- die Zins-Steuer-Quote ist von einer Spitze bei 16% (2009, 10% 2014) auf 6% im vergangenen Jahr gesunken.

Um uns gegenüber zukünftige Zinssteigerungen abzusichern, setzen wir bei den klassischen von Berlin herausgelegten Staatsanleihen auf lange Laufzeiten. Die Schuldenneuaufnahme ist regelmäßig notwendig, da alte Anleihen auslaufen. Hier konnten wir eine neue Gleichmäßigkeit durch längere Laufzeiten umsetzen. Ziel ist darüber hinaus eine Gesundung und insgesamt bessere Steuerbarkeit der Schuldenlast. Ab einer relativen Schuldenquote von 30% gilt ein Gemeinwesen als gut steuerbar. Deshalb müssen wir den Schuldenberg perspektivisch auf 50 Mrd. EUR abtragen. Das kann zum Ende der kommenden Wahlperiode gelingen. Dass wir davon auch etwas haben, zeigt folgender Vergleich:

Dank der Tilgung von 2011 bis 2017 haben sich die Zinskosten in dem Zeitraum um 127 Mio. EUR pro Jahr verringert. Damit können beispielsweise Ankäufe im Rahmen der neuen Liegenschaftspolitik realisiert werden. Konsolidierung und nachhaltige Stadtentwicklung für alle Berliner ist also kein Widerspruch.

Zu den haushaltsrelevanten Großwetterlagen gehört neben den Zinszahlungen auch das wirtschaftliche Wachstum der Stadt. Die Bevölkerungsentwicklung und die Ausgabenseite sind zentrale Faktoren für die Haushaltspolitik. Als weitere wichtige Rahmenbedingungen stehen daneben die Bund-Länder-Finanzbeziehungen und die Schuldenbremse, die ab 2020 „scharfgeschaltet“ wird. Mit dem neuen Länderfinanzausgleich bleiben alle staatlichen Ebenen in allen Regionen der Republik an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt. Die erfolgreichen Verhandlungen Berlins erreichte die

Kontinuität und Planungssicherheit, trotz Auslaufen des Solidarpaktes in 2020. Als bedeutendste Herausforderung hinsichtlich der Schuldenbremse erscheint derzeit die konjunkturelle Komponente, die in Zeiten der positiven wirtschaftlichen Entwicklung zu einer aus Berliner Sicht zu hohen Konsolidierungsleistung verpflichtet. Berlin vollzieht derzeit einen Aufholprozess bei den Investitionen. Dass hierbei eher mehr investiert werden muss als in „Normalzeiten“, sieht die Schuldenbremse aus ihrer Struktur heraus nicht vor. Deshalb scheint es mir sinnvoll, das Einwohnerwachstum nicht als konjunkturell zu werten, wenn die Menschen dauerhaft in Berlin bleiben.

Für einen strukturell ausgeglichenen Haushalt hätten nach den bisherigen Regeln im Jahr 2017 beispielsweise 330 Mio. EUR mehr getilgt werden müssen. Ich strebe eine Regelung ab 2020 zur Schuldenbremse an, die zu einer für Berlin günstigeren Einteilung in konjunkturelle und strukturelle Komponenten führt. Selbst dann werden auch zukünftig Investitionen über Landesunternehmen noch wichtiger sein, die der Kalkulation der Schuldenbremse nicht zugerechnet werden. Das gilt auch und gerade bei dem Thema Schulbau!

Der Schulneubau und die Instandsetzung unserer Schulen im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive sind ein eindeutiges Beispiel für Investitionen in das Jetzt und in die Zukunft unserer Stadt. Es geht darum aus der wachsenden Stadt eine Chance für alle zu entwickeln. Der Berliner Haushalt ist jetzt auf das Jahrzehnt der Investitionen ausgelegt, um die Stadt zu gestalten – also die Zukunft nicht gegen die Verbindlichkeiten aus der Vergangenheit auszuspielen. Ziel ist es die Schulden auf ein handhabbares Niveau abzutragen und den Menschen eine positive Entwicklung unserer Stadt zu ermöglichen – und diese nicht zu verwehren! Wir sind angetreten, um für die Menschen – ganz im Sinne Willy Brandts – Gutes zu bewirken. Das kann mit dem begonnenen Jahrzehnt der Investitionen gelingen.

Führung gesucht

von Clara West und Birgit Monteiro

Es gibt nichts schönzureden. Die Lage ist dramatisch. Die Umfrage der Partei und die Beliebtheitswerte unseres Spitzenpersonals sind auf allen Ebenen im Keller – ob nun im Bund oder hier in Berlin. Das Problem liegt nicht einfach darin, dass keine gute Sacharbeit dort geleistet würde, wo die SPD wie hier in Berlin (mit)regiert. Nur hatten wir ja schon angesichts verlorener Wahlen mehrfach richtig analysiert, dass uns das gar nicht positiv angerechnet wird. Dennoch scheinen wir in unserer Verzweiflung zu glauben, dass man mit geschlossenen Augen weitergehen könnte, bis bessere Tage anbrechen. Wer das tut, wird abstürzen oder untergehen.

Die Vermeidung bzw. Abwesenheit von Fehlern und Katastrophen macht noch keine gute Regierungspolitik und garantiert keinen Weg aus der Krise. Zudem führt es dazu, dass sich für viele eben genau dieser Eindruck aufdrängt, es ginge beim Regierungshandeln in Berlin nur noch um Unisextoiletten und schon lange nicht mehr um relevante Gerechtigkeitsfragen.

Das Hauptproblem daran sind aus der Binnensicht nicht einmal mehr die aktuellen Umfragewerte und die vergangenen, historisch schlechten Wahlergebnisse, sondern das Fehlen einer Perspektive oder auch eine auf ein Ergebnis gerichtete Debatte um eine solche. Stattdessen scheinen sowohl weite Teile der Basis als auch der Spitze der Partei in Lähmung zu verfallen, ob nun aus Rat oder Hoffnungslosigkeit oder auch, weil man offenbar gar nicht anders kann.

Der Spitze ist dies allerdings zum Vorwurf zu machen, weniger im Sinne von „Die-da-oben-wir-da-unten“, sondern vielmehr deshalb,

weil es eigentlich die Aufgabe von Führung wäre, es wenigstens zu versuchen. Uneigentlich sind wir derzeit faktisch führungs- und orientierungslos. Die Frage, die es dann zu beantworten gäbe: Wie sähe eine SPD-Führung aus, die in der Lage ist, zu organisieren, dass wir gemeinsam aus der Krise herausfinden? Wir möchten in diesem Sinne mal so etwas wie ein Aufgabenprofil zeichnen.

Der Märchenprinz kommt nur im Märchen – und Willy Brandt ist tot

Zunächst einmal wollen wir mit der Heilsbringer-Figur aufräumen. Es geht hier nicht um die/den einen RetterIn, der all das erfüllt und alles richtet. Den oder die kann es nicht geben, auch wenn die Sehnsucht danach angesichts unserer Lage nachvollziehbar ist. Die Wirklichkeit ist leider nicht romantisch, sondern rau – und einigermaßen dramatisch. Wir bräuchten an allen Stellen in erster Linie Führungsteams, die sich ergänzen und die an einem Strang ziehen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass Einzelne Spitzenfunktionen ausüben und unsere Visionen, Ideen und Entscheidungen nach außen verkörpern. Am Ende braucht jedes Team eine Leitung und jedes Schiff einen Kapitän oder eine Kapitänin. Gleichzeitig entwickelt sich eine solche Rollenverteilung aus einem gemeinsamen Prozess und nicht umgekehrt. Sammeln und führen.

Überdies bedürfen unsere Vorstellungen von Führung einer gewissen Revision. Hier hinken wir der Gesellschaft längst hinterher, weil es am Ende der Gedanke doch noch tief bei uns verhaftet ist,

Führung sei gleichbedeutend mit dem, womit sich Platzhirsche Gehör verschaffen. Ein Beispiel: Die persönlichen Beliebtheitswerte von Michael Müller waren nie so hoch, wie direkt nachdem er Regierender Bürgermeister wurde. Gleichzeitig waren zu dem Zeitpunkt SPD-Senatoren wie Andreas Geisel und Matthias Kollatz als eigenständige Akteure erkennbar, die wiederum sichtbar gut zusammenarbeiteten. Und zwar ohne, dass in diesem Moment der Regierenden Bürgermeister in der Wahrnehmung dadurch als geschwächt erschienen wäre. Die meisten Menschen kennen solche kooperativen Führungsmodelle aus der Arbeitswelt und heißen sie gut.

Wir brauchen dringend alle, die zur Übernahme von Verantwortung bereit und zum Teamplaying fähig sind.

Ohne Ideen und Visionen braucht uns niemand – nicht mal wir uns selbst

Die SPD ist eine Partei wie keine andere. Dazu gehört untrennbar, dass von uns etwas anderes (und deutlich mehr) erwartet wird als von anderen Parteien. Für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, ist dabei nie ohne den Anspruch möglich, die Gesellschaft verändern zu wollen und an der Spitze des Fortschritts zu stehen, eines Fortschritts, von dem alle profitieren und nicht nur wenige.

Dabei sind unsere Werte keineswegs überholt. Wie häufig hören wir am Infostand, dass die Leute sich nach einer Kraft sehnen, die für Gerechtigkeit sorgt. Nur hören wir dann im gleichen Moment, dass wir das nicht für sie sind und dass sie uns das nicht mehr zutrauen.

Uns fehlen nicht die Werte selbst, sondern die Ideen und Strategien, diese Werte glaubwürdig umzusetzen (oder das wenigstens sichtbar zu versuchen). Es haben sich neue, schwer berechenbare Konfliktlinien herausgebildet. Wir leben in einer Zeit, wo die Profiteure des globalen Kapitalismus nicht mehr in Nadelstreifen in deutschen Chefetagen, sondern barfuß im Silicon Valley sitzen. Nicht unwesentliche Teile der Bevölkerung (und unserer früheren und aktuellen Wählerschaft!) fühlen sich durch einen vermeintlich unkontrollierbaren Zuzug von Menschen aus anderen Ländern bedroht oder stehen dem skeptisch gegenüber. Das Vertrauen in die staatlichen Sicherungssysteme ist einer tiefen Skepsis gewichen: Ein Satz wie „Die Rente ist sicher“ löst an den Stammtischen nur noch zynisches Gelächter aus.

Es herrscht eine allgemeine Verunsicherung. Antworten darauf im Sinne unserer Werte sind nötiger denn je. Antworten, die der Vielfalt unserer Gesellschaft Rechnung tragen, ohne sich hinter Komplexität zu verstecken und zu verschanzen. Das ist mittlerweile eine Binsenweisheit, aber leider eine, die ohne Konsequenz bleibt. Eine SPD, die nur an vergangenen Politikkonzepten klebt und still und brav ihre Hausaufgaben macht, die braucht keiner und die mag auch keiner. Biederer Pragmatismus können die anderen auch und vielleicht deshalb ganz einfach besser, weil man von ihnen nichts anderes erwartet. Die europäischen Schwesterparteien sind mahnende Beispiele für das, was passiert, wenn man nicht viel mehr zu bieten hat als sinnentleerte Worthülsen.

Die traditionsreiche SPD muss die Glut der Feuerstelle bewahren und nicht die Asche. Eine Vision vor Augen zu haben und diese auch umsetzen zu wollen und zu können, ohne das Mögliche aus den Augen zu verlieren, das gehört zusammen. Viel zu lange wurde in der SPD daraus ein vermeintlicher Widerspruch zwischen rechten und

linken Flügeln gemacht. Dabei spürt eigentlich jeder bei uns, dass diese althergebrachte Einteilung nach Flügeln längst sinnentleert, öde und überholt ist. Unsere internen Konfliktlinien haben nichts mit dem zu tun, was den Bürgerinnen und Bürgern unter den Nägeln brennt. Dabei wissen wir aus der Kommunalpolitik, dass das nicht so sein und so bleiben muss.

Die Vision von einer besseren Gesellschaft aufzuzeigen oder auch – weniger romantisch – einen realistischen Ausweg aus den aktuellen Problemen, eine Idee für die Zukunft der Stadt, das wäre unsere Aufgabe. Haben wir die Fähigkeit verloren, eine solche Idee zu entwerfen? Im Bund genauso wie in Berlin? Das wäre fatal, denn dann könnten wir tatsächlich keinem mehr erklären, warum es uns geben muss.

Der Unterschied zu den anderen Parteien muss klar erkennbar sein. Wir dürfen reale Ängste und bestehende Probleme nicht ausblenden, weil sie nicht in unser Weltbild passen. Erst recht dürfen wir nicht der Versuchung erliegen, selbst den Teufel an die Wand zu malen, um anschließend populistisch draufhauen zu können. Wir müssen stattdessen die Chancen aufzeigen und benennen, ohne einem ohnehin von jedermann durchschaubaren Zweckoptimismus zu frönen.

Beispiel Berlin: Wenn unsere Verwaltung einen besonders schlechten Ruf hat und sich bei vielen Menschen der Eindruck verfestigt, dass hier nichts funktioniert – dann kann die Lösung nicht darin

bestehen, nur fleißig die Löcher zu stopfen, die Technik nachzurüsten und zu betonen, dass es eigentlich gar nicht so schlimm ist, wie alle immer sagen. Man muss stattdessen eine Idee entwickeln, wie die Verwaltung der Stadt aussehen sollte. Dann nämlich kann man glaubwürdig darlegen, dass das eigene

politische Handeln im Detail genau auf die Wirklichkeit dieser Idee für das Große und Ganze ausgerichtet ist. Einer fortschrittlichen Verwaltung, die nicht nur Daseinsvorsorge absichert, sondern auch noch Vorreiterin ist in Sachen Transparenz, Beteiligung und Umgang mit den Anliegen der BürgerInnen. Verbunden damit, dass alle Akteure auf Hochtouren gemeinsam daran arbeiten. (Die SPD war mal Vorreiterin in Sachen Bürgerbeteiligung und trug damit einem gewachsenen Bedürfnis Rechnung, dass sich Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Prozessen beteiligen wollten. Heute ist der Wunsch nach Einflussnahme größer denn je, aber wir sehen darin fast nur noch Gefahren, statt eine eigene Vorstellung davon zu entwickeln, wie eine faire und gerechte Beteiligung vieler heute aussehen müsste.)

Es wäre zunächst einmal Aufgabe einer Führung, voranzugehen und in der Partei und in der Öffentlichkeit unmissverständlich deutlich zu machen, dass man den politischen Willen aufbringt, am „großen Rad“ zu drehen, statt sich im Kleinklein zu verlieren.

Aus der Wagenburg muss ein Treck werden

Natürlich ist auch die Lage der Berliner SPD im Rahmen der Gesamtlage der SPD zu sehen. Aber wir haben auch hausgemachte Probleme, daher wiegt das eine das andere nicht auf. Was man in der gesamten SPD verändern möchte, muss man hier vor Ort begreifen.

Dazu gehört unbedingt eine Öffnung im mehrfachen Sinne. Im Moment sitzen alle fest verschanzt in den Wagenburgen älterer oder neuerer Lager. An die Stelle echter Inhalte sind die vertrau-



Birgit Monteiro
stv. Bezirksbürgermeisterin Lichtenberg

Clara West
stv. Vorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus



ten formalen Strukturen und Verfahren getreten, an die man sich klammern kann wie der Ertrinkende an den bekannten Strohalm. Mancher Sozialdemokrat von heute würde wohl, wenn er erführe, dass morgen die Welt untergeht, weiter an einem wichtigen Antrag zur Geschäftsordnung schreiben.

Es ist an der Zeit, sich neue Ziele zu stecken. Dass wir in den letzten zwei Jahren so viele neue Mitglieder gewinnen konnten, ist ein (aber auch nicht das einzige) Pfund, mit dem wir wuchern müssten, es aber nicht tun. Innen muss außen werden und umgekehrt.

Unser Ziel müsste es eigentlich sein, bei künftigen Gremienwahlen aus einem breiteren Personalpool zu schöpfen, der eine Auswahl zulässt.

Stattdessen beklagen wir uns in unendlichen Schleifen intern darüber, dass wir trotz des Anspruchs, eine Volkspartei zu sein, nicht in der Mitgliedschaft und noch weniger in den Gremien die arbeitende Bevölkerung repräsentieren, die wir doch so gerne vertreten möchten. Aber wir stellen uns nie ernsthaft die Frage, warum unser Personalpool immer homogener wird, wir zur „Karrieristenpartei“ verkommen und warum sich bestimmte Leute und speziell „die Arbeiter“ nicht (mehr) bei uns engagieren.

Längst geht es nicht mehr nur um Ehrennadeln, um eine Kinderbetreuung für eine Versammlung oder um drei weitere Online-Konferenzen. Das alles ist gut und wichtig. Aber wir müssen die gesamte Art und Weise hinterfragen, mit der bei uns das Ehrenamt organisiert ist.

Kürzlich schlug die Auflösung der Historischen Kommission unserer Partei hohe Wellen. Dies ist ein gutes Beispiel für unsere mangelnde Fähigkeit, die Organisation weiterzuentwickeln. Grund für die Auflösung der Kommission war ja nicht ein plötzlicher Mangel an Traditions- und Geschichtsbewusstsein und ein akutes Desinteresse an historischem Sachverstand, sondern die Einschätzung, dass die aktuelle Organisationsform und Verfasstheit der Kommission offenbar nicht mehr auf der Höhe der Zeit sei. Also hätte es nahegelegen, sich mit der Kommission zusammensetzen und über eine Reform zu sprechen. Die Frage hätten lauten können: Wie organisiert man heutzutage parteiliche Geschichtsarbeit? Wie binden wir dabei breitere Gruppen von Interessierten ein? Die Kommission einfach abzuschaffen und den Auftrag an die FES weiterzugeben, gleicht eher einer Kapitulation und trifft verständlicherweise auf Unverständnis und auch Entsetzen angesichts ihrer Geschichte.

Eine moderne Führung weiß: manchmal gibt es nichts Gutes, außer man tut es. Viele Ideen werden seit Jahren bei uns andiskutiert, von Doppelspitze, digitalen Ortsvereinen, Mitgliederentscheiden bis hin dazu, dass man auch mal z.B. Parteilose auf unseren Listen unterstützt. Nichts alleine davon mag die Probleme lösen. Aber manchmal muss man diese Dinge einfach mal umsetzen, um entscheiden zu können, was uns weiterbringt und was nicht.

Ohne die Bereitschaft, wieder fair und heftig miteinander zu streiten, werden wir keine neuen Ideen entwickeln können

Dafür ist ein echter, inhaltlicher Wettstreit um die besseren Argumente und ja, auch über Personal, unerlässlich. Das braucht einen Rahmen, Zeit und Raum und vor allem Ergebnisoffenheit. Und: Am Ende eben auch ein Ergebnis.

Immer wieder wird beispielsweise mal offener, mal hinter vorgehaltener Hand in der Berliner SPD über die Frage diskutiert, ob man Partei- und Regierungsspitze in Personalunion haben sollte oder nicht. Alleine die Art der Debatte sorgt dafür, dass sie ins Nichts führt. Denn sie kommt nie über den Punkt hinaus, dass die Debattierenden sich gegenseitig in die Personallager einordnen und damit eine echte Debatte über solche Fragen gar nicht erst zulassen. Wir müssten einen Zustand erreichen, in dem man sich auch mit dieser und anderen Fragen offen auseinandersetzen und am Ende

eine strategische Entscheidung treffen kann, die sich an der Frage bemisst, was für die weitere Arbeit das Beste ist. Davon sind wir weit entfernt.

Zunächst müssten wir unsere Streitfähigkeit erst einmal wiedererlangen. Die Berliner SPD ist dafür bekannt, sich selbst besonders gerne öffentlich zu zerfleischen. Dies geht meist einher mit dem internen Beklagen darüber, dass man sich ja nur über die Öffentlichkeit austauschen würde – und damit ist natürlich immer der jeweils andere gemeint.

Eigentlich ist das aber das genaue Gegenteil von Streit im guten Sinne. Mit Streit ist ein fairer Austausch kontroverser Meinungen gemeint. Er ist die Grundlage für Willensbildung und dafür, dass wir uns inhaltlich weiterentwickeln. Wir bewegen uns momentan aber irgendwo im Niemandsland zwischen angstgesteuerter Staatsraison und taktisch motivierten Schuldzuweisungen.

Streit im guten Sinne bedeutet aber, strittige Meinungen (ja, auch mal öffentlich!) über wichtige aktuelle Entscheidungen, unsere Ausrichtung insgesamt oder auch über Personal offen und direkt auszutauschen. Die Angst vor einem uneinigen Bild nach außen hin ist alleine deshalb unbegründet, da wir dieses Bild bereits abgeben. Geschlossenheit besteht nicht in der Abwesenheit anderer Meinungen. Grabesruhe und Kanonendonner bestimmen das Bild einer SPD, für die es zwischen diesen beiden Extremen wenig bis nichts zu geben scheint.

Eine gute Streitkultur, die des Öfteren als frommer Wunsch bei uns erklingt, ergibt sich aber auch durch den Rahmen, der dem Streit gesetzt wird. Manchmal wirken in diesem Sinne gerade Online-Konferenzen, wie sie der Parteivorstand ab und an durchführt und deren Mehrwert nur darin besteht, sich mal ausgetauscht zu haben, besonders bizarr. Dabei ist es ja richtig, die Online-Kommunikation auszubauen, wenn man sich öffnen will. Aber hier gilt genauso wie bei Debatten von Angesicht zu Angesicht, dass es am Ende auf eine Entscheidung und ein Ergebnis hinausläuft, das alle akzeptieren können, weil es vorher eine faire Auseinandersetzung gab. Der Job einer Führung, die ihren Namen verdient, wäre es, diesen Rahmen zu organisieren, ihn ergebnisoffen zu moderieren und zu einem Ergebnis zu führen. Sie sollte dabei natürlich in der Lage zu sein, Orientierung dadurch zu geben, dass man sich mit eigenen Ideen positioniert, die Debatte selbst mit führt und sie ins Rollen bringt.

Wer keine Visionen hat, soll zum Arzt gehen

Es gilt das Prinzip Hoffnung: Wer als Sozialdemokratin oder Sozialdemokrat kein optimistisches Bild der Zukunft zeichnen kann, kann keine Orientierung geben. Wenn wir das nicht wieder schaffen, sind wir wirklich überflüssig. Zurück bleibt eine inhaltsleere Klempartei, die leer und ausgebrannt genug ist, als ewiger Juniorpartner anderen das Regieren zu ermöglichen (begründet würde das dann gewiss mit der Notwendigkeit, das Schlimmste oder die Schlimmsten zu verhindern). Aber nicht einmal dafür gibt es eine Garantie.

Es ist eine bittere Erkenntnis, aber eine Welt ohne SPD ist leider durchaus möglich. Noch schlimmer: Die Enttäuschung über uns ist so groß, dass sich ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung wohl recht leicht mit einem Verschwinden der SPD in der Bedeutungslosigkeit abfinden dürfte.

Wir brauchen eine optimistische Vision für unsere Stadt und unser Land – und Männer und Frauen, denen man zutraut und glaubt, dass sie ihre Ziele auch tatsächlich konsequent verfolgen. Mit einer Partei, die sagt, was sie tut, und tut, was sie sagt. Derjenige, diejenige oder diejenigen, die eine solche Vision hat oder gemeinsam mit anderen entwickeln und verkörpern kann, qualifizieren sich als Spitzen- und Führungspersonal.

Wer fühlt sich angesprochen?